

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Bärthlein und Dirk Geilen

Todesurteile im Mordfall Gandhi

Im Prozeß um das tödliche Attentat auf Rajiv Gandhi im Mai 1991 hat das Gericht alle 26 Mitglieder des Mordkommandos zum Tode durch Erhängen verurteilt. Auch wenn sie unterschiedlich in den direkten Akt der Ermordung involviert waren, sah der Richter es dennoch als erwiesen an, daß alle gleichermaßen Teil einer Verschwörung gewesen seien. Die Todesstrafe wird in Indien nur selten verhängt. Das Gericht zeigte sich vom Plädoyer der Anklage überzeugt, die letztlich der srilankischen Tamilen-Organisation LTTE die Verantwortung zuwies. LTTE-Chef Prabakaran muß daher mit der gleichen Strafe rechnen, sollte ein indisches Gericht seiner habhaft werden. Es wird damit gerechnet, daß alle der nun Verurteilten vor dem Obersten Gericht in Berufung gehen werden.

Neue Massaker in Kashmir

In Jammu und Kashmir sorgten mehrere größere Blutbäder für zusätzliche Spannungen vor den Wahlen. Der Mord an 26 Pandits (hinduistische Kashmiris) im Dorf Wandhama am 25. Januar, unmittelbar vor dem indischen Nationalfeiertag Republic Day, war das größte Massaker an Hindus seit Beginn des militanten Separatismus 1990. Die meisten Pandits sind aus dem Kashmir-Tal nach Jammu oder Delhi geflohen, und die Bemühungen der kashmirischen Regierung unter Farooq Abdullah, sie zur Rückkehr zu motivieren, dürften durch diese Gewalttat einen entscheidenden Rückschlag erlitten haben. Der Dachverband der außerparlamentarischen islamischen Opposition, die 'Hurriyat Conference', die zu einem Boykott der Parlamentswahlen aufgerufen hat, distanzierte sich von dem Massaker. Wenige Tage darauf starben bei einem Armeeeinsatz im gebirgigen Doda-Distrikt 11 Zivilisten. Die Soldaten hatten das Feuer eröffnet, als sich die Menge weigerte, sich zu zerstreuen und mit Steinen zu werfen begann.

Nagaland: Wahlboykott

Die Landtagswahlen in Nagaland sind bereits vor dem eigentlichen Wahltermin entschieden. Weil praktisch die gesamte Opposition die Wahlen boykottiert, sind die 'Congress'-Kandidaten in 43 der 60 Wahlkreise zu kampflosen Siegern er-

klärt worden. Nur 20 Unabhängige wagen es, trotz Drohungen an dem für den 22. Februar geplanten Urnengang teilzunehmen. Die Naga-Organisation 'Naga Ho-Ho' hatte den Boykottaufruf verkündet, da Friedensgespräche zwischen der indischen Regierung und der wichtigsten Rebellenorganisation 'National Socialist Council of Nagaland (Isaac-Muivah)' zunächst abgewartet werden müßten. Die indische Regierung hat unterdessen davor gewarnt, daß Sabotageaktionen, mit denen Gruppen wie der NSCN dem Boykott Nachdruck verleihen, den in Nagaland eingehaltenen Waffenstillstand in Gefahr brächten.

Trübe Aussichten

Das vor 17 Jahren durch die indische Regierung initiierte Vorhaben, den 2.500 km langen Ganges vor weiterer Verschmutzung zu bewahren, ist nach Angaben indischer Umweltschützer gescheitert. Umgerechnet 250 Millionen Mark waren seitdem im 'Ganga Action Plan' vorgesehen, um u.a. auch die am Ganges gelegene heilige Stadt der Hindus, Varanasi, vor einer ökologischen

Katastrophe zu bewahren. Der Zustand an den "Badeghats", die tagtäglich von durchschnittlich 80.000 Menschen genutzt werden, hat sich jedoch weiterhin verschlechtert. Viele Dörfer in der Nähe des Ganges sehen sich zunehmend mit dem Problem konfrontiert, daß ihr Grundwasser bis in extreme Tiefen verseucht ist. Jedoch muß das lebensnotwendige Naß von vielen Menschen trotz gesundheitlicher Risiken genutzt werden. Nach Angaben von Umweltschützern wurden die Ratschläge einer vor acht Jahren verfaßten staatlichen Expertise in den Städten entlang des Ganges keine Vorstellung von der im 'Ganga Action Plan' verfolgten Politik.

Selbstmord-Welle unter Bauern

In Andhra Pradesh haben Dutzende von Bauern in den vergangenen Wochen Selbstmord begangen. Sie waren in existenzielle Not geraten, nachdem massi-



Pilger bei der heiligen Waschung am Ufer des Ganges (Foto: Walter Keller)

Dewi-Saraswati Flohmarkt

'Dewi Saraswati, Partnerschaftskreis für die Ausbildung chancenarmer Kinder e.V.', Hamburg, veranstaltet am 5. April zwischen 10 und 18 Uhr einen Flohmarkt in der Pausenhalle der Hohe Landwehr Schule. Der Flohmarkt in Hamburg wird zu Gunsten eines Kinderheim-Projektes in Südindien durchgeführt. Informationen: Günter Spitzing, Stadtbahnstr. 86, 22393 Hamburg, Tel: 040-6013881, Fax: 040-6003510, e-mail: DewiSarasw@aol.com

ver Schädlingsbefall ihre Baumwoll-Ernte ruiniert hatte. Durchschnittlich sind die Baumwoll-Erträge in den betroffenen Distrikten auf ein Fünftel zurückgegangen. Der Baumwollanbau ist eine stark kommerzialisierte Form der Landwirtschaft, die hohe Investitionen z.B. für Pestizide erfordert; so geraten die Landwirte schnell in Abhängigkeit von Geldverleihern, die Wucherzinsen von 30-60 Prozent im Jahr verlangen. Offenbar war ein Großteil der Betroffenen unzureichend informiert oder unvorsichtig in Hoffnung auf schnelle Gewinne; jedenfalls kritisierten Experten, daß viele der Bauern ungeeignete Hochleistungssorten pflanzten und exzessiven Gebrauch von Pestiziden machten. Nachdem die teuren Chemikalien gegen die Raupen wirkungslos blieben, sahen manche der Geschädigten keinen anderen Ausweg mehr, als das Gift selber zu trinken. Die Lage der Baumwoll-Anbauer ist zum Wahlkampfthema in Andhra Pradesh geworden.

Rache für Dezember-Blutbad

In Zentralbihar fordern Kasten- und Landkonflikte weiter Menschenleben. Offensichtlich in Vergeltung für das Massaker der Privatarmee 'Ranbir Sena', dem Anfang Dezember 61 Menschen zum Opfer gefallen waren (siehe 'Südasiens', 8/97), haben am 9. Januar Naxaliten im Distrikt Jahanabad in Bihar neun angebliche Unterstützer der 'Sena' aus einem Wagen gezerrt und getötet. In indischen Presseberichten wurde darauf hingewiesen, daß die Regierung zwar bei der Trauerfeier für die Opfer der 'Sena'-Morde Präsenz gezeigt, aber wenig unternommen hatte, um die Hintermänner dingfest zu machen.

Journalisten leben gefährlich

Indien hält einen traurigen Rekord: Nach Angaben der internationalen Journalisten-Organisationen 'Committee to Protect Journalists' (New York) und 'Reporters Sans Frontières' (Paris) wurden im vergangenen Jahr weltweit 26

Journalisten durch Terroranschläge bzw. aufgrund ihrer kritischen Berichterstattung ermordet. Indien steht mit sieben Fällen an erster Stelle der 14 betroffenen Länder.

Spitze des Eisbergs

Der im zweiten Halbjahr 1997 durchgeführte Plan zur freiwilligen Einkommens- und Vermögenssteuererklärung brachte umgerechnet fünf Milliarden Mark in die indische Staatskasse. Dies entspricht einem Fünftel der im letzten Finanzjahr von der Regierung eingenommenen direkten Steuern. Über 466.000 Steuersünder nutzten dabei die Möglichkeit - trotz früherer Gesetzesverstöße - ihr Vermögen, u.a. Gold, Silber und Juwelen, im Wert von 15 Milliarden Mark nun legal zu versteuern. Das von Finanzminister P. Chidambaram initiierte 'Voluntary Disclosure of Income Scheme' (VDIS) übertraf damit alle Erwartungen. Vier in ihrer Art ähnliche Amnestie-Regelungen waren in der Vergangenheit weit weniger erfolgreich. Maßgeblichen Anteil bei der VDIS-Kampagne 1997 hatte der niedrige Steuersatz von 30 Prozent für Privatpersonen bzw. 35 Prozent für Unternehmer, wobei erstere den Löwenanteil bei der Deklaration bisher unversteuerten Vermögens stellten.

Um den säumigen Steuerzahler wurde denn auch heftig geworben. Generell zahlten im letzten Jahr ohnehin nur zwölf Millionen Inder Steuern. Ein bisher in seiner Dimension ungekannter und professionell vorgetragener Werberummel sollte die Steuerehrlichkeit verbessern helfen. Selbst Persönlichkeiten aus Sport und Unterhaltung wurden in der 15 Millionen Mark teuren Aktion engagiert, um VDIS zu einem Erfolg zu verhelfen.

Betont die Regierung, daß der Grundstein für eine verbesserte Steuermoral gelegt worden sei, hält die Opposition dem entgegen, daß diese einmalige Gelegenheit der "Geldwäsche" keine nachhaltigen Effekte zeitigen werde. In einem jedoch stimmen beide Seiten überein: die jetzt unter dem Schutz der Immunität deklarierten Einkommen und Vermögen stellen nur die Spitze einer weitreichenden Schattenwirtschaft dar.

Auszeichnung

In Delhi wurde der "Gandhi-Friedenspreis" 1997 durch den indischen Staatspräsidenten K.R. Narayanan an Dr. Gerhard Fischer verliehen. Diese höchste von indischer Seite an Ausländer zu vergebende Auszeichnung wurde dem deutschen Arzt für seine Verdienste um lepra- und polioerkrankte Patienten zuteil. Bei der Laudatio im

'Rashtrapati Bhavan', dem Sitz des Präsidenten, war die gesamte Staatsführung zugegen. Das Preisgeld in Höhe von 500.000 DM wird der von Fischer gegründeten Leprastiftung zufließen. Als Mitarbeiter im diplomatischen Dienst lernte der heute 76-jährige Fischer Anfang der 60er Jahre die Lebensbedingungen Leprakranker im südindischen Chennai (Madras) kennen. 1985 kehrte er nach Indien zurück und gründete insgesamt elf Leprastationen: neun in Tamil Nadu und zwei in der Himalayaregion. Diese Stationen finanzieren sich durch den Verkauf selbstgefertigter Waren weitestgehend selbst. Fischer ist der dritte Preisträger der 1995 ins Leben gerufenen Auszeichnung zu Ehren Mahatma Gandhis.

Busunglück

Bei einem Busunglück in Westbengalen starben Mitte Januar 66 Menschen, darunter 62 Schüler. Der Unfall ereignete sich in den frühen Morgenstunden, als der Busfahrer bei dichtem Nebel die Kontrolle über sein Fahrzeug verlor und dieses in den Padma, den Grenzfluß zwischen Indien und Bangladesh, stürzte. 22 Personen, darunter der Fahrer, überlebten das Unglück. Die Opfer, die entweder aus dem Bus geschleudert wurden oder ertranken, stammen aus dem nur unweit vom Unglücksort gelegenen Karimpur im Distrikt Murshidabad.

Die nach Zeugenaussagen schleppend verlaufende Rettungs- und Bergungsaktion, bei der flußabwärts auch Militär aus Bangladesh eingesetzt wurde, blieb nur bedingt erfolgreich. Nach Angaben der Polizei war der schlechte Zustand der Straße sowie der Uferbefestigung mitverantwortlich für die Katastrophe. Neben dieser für viele indische Straßen gültigen Aussage dürfte auch die mit 86 Personen überschrittene Beförderungskapazität des Transportmittels eine Rolle gespielt haben - lediglich 55 Personen waren zugelassen. Einmal mehr rückt damit die Sicherheit indischer Busreisen in den Mittelpunkt: Diesbezüglich existierende Normen werden schlichtweg ignoriert, der technisch einwandfreie Zustand der Fahrzeuge muß ebenfalls häufig angezweifelt werden. Außerdem betreiben viele Busunternehmer ihr Gewerbe ohne gültige Lizenz.

Verkauf indischer Bücher

Verkaufe indische Bücher zu den Themenbereichen: Frauen, Ökologie, Land- und Milchwirtschaft und einige andere Titel. Anfragen an Dr. Hildegard Scheu, Tel/Fax 06196-940330 oder HScheu@aol.com